

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

Die Schulen im Dorf lassen

Bremen hat an der Peripherie ländlich geprägte Ortsteile, die sich in besonderer Weise einen dörflichen Charakter erhalten haben und die sich, getragen von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement, eine eigene Identität und ein eigenständiges Selbstverständnis erhalten haben. Damit tragen sie gleichzeitig zum Charakter Bremens, aber auch zu seiner Vielfalt und zu seiner Entwicklungsfähigkeit bei.

Zu einer angemessenen und zukunftsorientierten Daseinsvorsorge gehört insbesondere für dezentrale Siedlungsbereiche eine öffentliche Infrastruktur unverzichtbar dazu. Z. B. Sportvereine, Kinderbetreuung, öffentliche Verwaltung, insbesondere aber die schulische Grundversorgung im Primarbereich, sind dazu notwendige Einrichtungen, die ortsnah und dauerhaft verfügbar sein müssen. Sie sind dabei nicht nur wichtige Elemente der Lebensqualität, sondern spielen eine entscheidende Rolle für die Attraktivität, Anziehungskraft und Entwicklungsfähigkeit der Regionen für die Zukunft.

Seit in Bremen eine neue Schulstandort- und Entwicklungsplanung auf den Weg gebracht wurde, herrscht insbesondere in den Ortsteilen Seehausen und Strom Verunsicherung, ob die dort ansässigen Grundschulen eine Zukunft haben oder möglicherweise perspektivisch geschlossen werden könnten. So notwendig und vorläufig die entsprechende Planung für Bremen ist, sie darf nicht dazu führen, Missverständnisse oder Verunsicherung bei Eltern, Lehrerinnen und Lehrern zu erzeugen, die sichtbar inzwischen die gesamten Ortsteile erfasst hat. Es ist hier Aufgabe des Parlaments, schnell und eindeutig Stellung zu beziehen und Klarheit für die Betroffenen und Beteiligten zu schaffen. Deshalb ist es notwendig, zeitnah deutlich zu machen, dass die betroffenen Schulen erhalten werden und die schulische Planung darauf ausgerichtet werden muss, ihnen eine infrastrukturelle und pädagogische Zukunft transparent und im Einvernehmen zu eröffnen.

Schulen sind gerade in kleineren Siedlungsbereichen ein wesentlicher Bestandteil und ein Anker des sozialen Lebens. Für Grundschüler muss uneingeschränkt der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ gelten. Es ist gerade auch deshalb nicht sachgerecht, diesbezügliche Standortentscheidungen nur von „Kennziffern“ (Klassengröße, Pro-Kopf-Schülerkosten oder ähnliches) abhängig zu machen und in Vergleichen große und kleine, zentrale und dezentrale Schulen pauschal und unkritisch gleichen Bewertungsgrundlagen zu unterziehen. Dies gilt umso mehr, als in beiden Schulstandorten eine engagierte, geschätzte und allseits anerkannte pädagogische Arbeit geleistet wird. Soziale und pädagogische Steuerung muss insbesondere an den Bedarfen und Erwartungen vor Ort orientiert werden.

Die Bedeutung der Schulen in Seehausen und Strom geht über ihre Nutzung als Orte der Wissensvermittlung und schulischen Erziehung weit hinaus. Sie sind zentrale Punkte des „dörflichen“ Lebens, werden von Sportvereinen oder Ortsämtern mitgenutzt und genießen eine beispielgebende ehrenamtliche Unterstützung in ihrem sozialen Umfeld. Mit dem Wegfall der Schulen würden die Ortsteile und ihre Dorfgemeinschaften um einen Mittelpunkt ärmer und in ihrer Attraktivität auch für junge Menschen und für junge Familien deutlich geschmälert.

Die Stadtbürgerschaft möge deshalb beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft spricht sich für einen dauerhaften Erhalt der Grundschulen in den Ortsteilen Seehausen und Strom aus. Die Schulen sollen auch weiterhin nicht nur die schulische Versorgung der Grundschul Kinder sicherstellen, sondern auch anderen Nutzern, wie z. B. den Sportvereinen, weiterhin geeignete Räumlichkeiten anbieten können.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, für beide Schulen eine transparente und mit den Betroffenen und Beteiligten vor Ort im Einvernehmen vereinbarte Schulentwicklung zu planen, die den Schulstandorten eine gedeihliche Zukunft in ihrem sozialen Umfeld ermöglicht. Dabei sind die besonderen regionalen, infrastrukturellen, personellen und pädagogischen Bedarfe und Gegebenheiten kleinerer Ortsteile in eigenständiger Lage besonders zu berücksichtigen und notwendige Investitionen transparent so auszugestalten, dass eine angemessene, attraktive und zeitgemäße Beschulung von Grundschulkindern ortsnah in den bestehenden Gebäuden auch zukünftig möglich bleibt.

Dr. Thomas vom Bruch, Frank Imhoff,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Julie Kohlrausch, Dr. Magnus Buhler,
Lencke Steiner und Fraktion der FDP